

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Anzeigen-Preis: monatlich 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: monatlich 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswert.] Nr. 583

DIENSTAG, 6. DEZEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Bertagung bis Januar?

Verständigung über Aufhebung der September-Verordnung

Am Reichstag, mo gestern fast alle Fraktionen versammelt waren, gab es in den späten Abendstunden für gewöhnlich das Parlament sich Ende dieser Woche bis zum 15. Januar vertagen werden, ohne eine politische Klausurperiode durchgeführt zu haben. Die Regierungserklärung des Kabinetts-Schleifers soll erst abgegeben werden, wenn der Reichstag noch mehr als fünf Ferienmoden wieder zusammentritt.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages wird in der Regel durch den Ausschussrat festgelegt, der aber noch nicht besteht. An seine Stelle hat Reichspräsident Goering für heute eine lose Befragung der Führer aller Fraktionen einberufen, die als Ersatz für den Ausschussrat gelten soll. In dieser Befragungsbefragung wird das Zentrum mitteilen, ob es von sich aus die Bertagung des Reichstages ohne vorausgehende Regierungserklärung bis 15. Januar im Plenum formell beantragen wird. Es wird sich dann

die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen zu diesem Bertagungsantrag ergeben.

Die Dezember-Tagung des Reichstages soll sich also lediglich auf die Konstituierung beschränken. Es sollen nach der Wahl des Präsidiums nur zwei Gesetzentwürfe, die von Parteien ausgehen, verabschiedet werden. Das Zentrum hat einen Antrag auf Aufhebung der sozialpolitischen Teile der September-Notverordnungen beschlossen. Die Nationalsozialisten wollen einen Gesetzentwurf einbringen, der die Stellvertretung des Reichspräsidenten regelt.

Die Stellvertretung Hindenburgs

Artikel 51 der Reichsverfassung lautet: „Der Reichspräsident wird im Fall seiner Befähigung zunächst durch den Reichstagler vertreten. Dauert die Befähigung vor-

ausichtlich längere Zeit, so ist die Bertretung durch ein Reichsgesetz zu regeln. Das Gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erhebung der Präsidentschaft bis zur Durchführung der neuen Wahl.“ Der deutsche Reichstag ist nur einmal genötigt gewesen, für eine Stellvertretung zu liegen; das war nach dem Wähler des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert der Fall. Damals hat das Kabinetts-Rathgeber von sich aus ein Stellvertretungs-Gesetz angesetzt, in dem bestimmt wurde, daß bis zur Durchführung der Neuwahl des Reichspräsidenten der Präsident des Reichsgerichts (damals Dr. Simons) die Bertretung führen soll.

Was im Jahre 1925 für einen Einzelfall beschlossen wurde, soll nun die gleiche Regel werden. Der Antikontingenz der Nationalsozialisten sieht vor, daß in jedem Fall einer längeren Befähigung oder vorzeitigen Erhebung der Präsidentschaft der jeweilige Präsident des Reichsgerichts die Bertretung übernehmen soll. Es wird also hier eine Verfassungänderung vorgeschlagen, die nur mit Zustimmung der Reichstagler beschlossen werden kann. Da aber außer den Nationalsozialisten auch das Zentrum und wie man hört, auch die Sozialdemokraten für diese gesetzliche Regelung der Stellvertretung sind, ist die Zweidrittelmehrheit vorhanden, selbst wenn die Deutschnationalen dagegen votieren werden.

Es befehlt die Absicht, den Antrag der Nationalsozialisten schon auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung zu setzen und an diesem Tage die erste und zweite Lesung durchzuführen ebenso die erste und zweite Bertagung des Zentrumsantrages auf Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnungen. Der Donnerstag als satzungsmäßiger Freitag soll für den Ausschussrat bleiben, am Freitag soll die dritte Bertagung der beiden Initiativentwürfe durchgeführt werden und die endgültige Annahme erfolgen.

Am Anstich baran soll der Antrag auf Bertagung bis zum 15. Januar mit der Begründung angenommen werden, daß der Regierung Zeit gelassen werden müsse, ihre Regierungserklärung sorgfältig vorzubereiten. Die Bertagung der beiden Wählerentwürfe, die von den Kommunisten und Sozialdemokraten eingebracht worden sind, würde mit der Klausurperiode die Regierungserklärung verbunden werden, so daß sie erst nach der politischen Aussprache im Januar zur Abstimmung gestellt werden können.

Die heutige Sitzung wird rein formaler Natur sein. Der Alterspräsident wird den neuen Reichstag durch eine Ansprache eröffnen und dann den Namensaufreiß durchzuführen lassen. Anträge sollen nach einer Bertretung, die getroffen werden, nicht zur Bertretung zugeben. Es genügt, um eine solche Bertretung zu werden, daß der Wählerpräsident eine Rede abgibt. Die Wahl des Präsidiums soll auf die Tagung der Mittwochssitzung gesetzt werden.

Kampfwahl?

Die Nationalsozialisten wollen, so hört man, wieder den Abgeordneten Sitzung als Reichstagspräsidenten vorschlagen. Gegen diese Kandidatur müßte sich kein Widerspruch erheben, weil die Nationalsozialisten erst erklärt hätten, daß sie den Deutschnationalen Abgeordneten Graf nicht wieder als Vizepräsidenten wählen wollen wegen seiner Haltung bei dem Empfang des Präsidiums des früheren Reichstages beim Reichspräsidenten Hindenburg. Es ist noch in Erinnerung, daß Graf damals sich in einem Gegenstück zu den überlieferten Wählerstimmen verhalten hat. Wenn die Deutschnationalen aus dieser Haltung der Nationalsozialisten die Folgerung ziehen, nicht für Göring zu stimmen, und sich die Deutsche Volkspartei Zugenberg anschließt, dann ist es wahrlich nicht, daß im ersten Wahlgang eine Mehrheit für den nationalsozialistischen Kandidaten nicht zustande kommt und Göring erst in der Stichwahl mit einer relativen Mehrheit von Wählerstimmen im Amt zu kommen vermögen. Voraussetzungen sind für die Wahl der Vizepräsidenten übertragungen ergeben. Aber man ist bemüht, es nicht zu einer Kampfwahl kommen zu lassen.

Sittler-Präsidium in Lübeck

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LUBECK, 5. DEZEMBER

Die neu gewählte Lübecker Bürgerliste trat heute abend zum erstenmal zusammen, um die Wahl des Präsidiums vorzunehmen. Das bisherige Präsidium lehrte sich aus Sozialdemokraten und Bertrettern der bürgerlichen Mitte zusammen. Bei der Wahl des neuen Präsidiums enthielten sich die Bertretter des Zentrums und

Genf will der Entscheidung ausweichen

Langfristiges Vertragsprojekt ohne Klarstellung der deutschen Gleichberechtigung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 5. DEZEMBER

Reichsaussenminister Freiherr von Neurath ist heute mittig in Begleitung des Ministerialdirektors Meyer, und der Geheimräte Ragenberger und Frohwin in Genf eingetroffen. Er begab sich sehr bald zu einer einündigen Unterredung zu MacDonald, der vorher die über mittels abgeordneten Unterredungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot und dem amerikanischen Delegierten Norman Davis unter Sitzung des italienischen Delegierten Baron Alajeffi wieder aufgenommen hatte. Heute abend fand ein Dinner bei MacDonald statt, an dem von deutscher Seite Reichsminister von Neurath und Generaldirektor Freiherr von Weizsäcker teilnahmen. Da unter den Gästen sich auch Sceriffo, Paul Boncourc und Norman Davis, Baron Alajeffi und andere Delegierte der Großmächte befinden, kann dieses Dinner als gesellschaftlich wichtig angesehen werden. Obwohl ein amtliches Communiqué über die Unterredung zwischen dem deutschen Außenminister und MacDonald nicht abgegeben wurde, wird doch bekannt, daß Freiherr von Neurath etwa folgendes Inhalt der für eine Bertagung der Abrüstungskonferenz auf drei Jahre ohne vorherige Entscheidung über die Frage der deutschen Gleichberechtigung vorgelegt worden ist, den wie bereits angegeben haben:

Die Konferenz befaßt sich noch vor Weihnachten eine Präliminarentscheidung, in der die sehr speziellen künftigen Ergebnisse der Abrüstungskonferenz festgelegt werden. Das Hauptziel dieser gegenwärtigen Ergebnisse ist die vor kurzen vom Büro allerdings ziemlich genähert durchdratete Schaffung der ständigen Abrüstungskommission mit ihren verschiedenen Ausschüssen und Kontrollbefugnissen. Die Zuständigkeit dieser ständigen Kommission soll hauptsächlich noch erweitert werden im Hinblick auf den Zweck, zu dem sie jetzt so eilig ins Leben gerufen wird; nämlich die Fortsetzung der Abrüstungskonferenz selbst zu sein. Die mit dem Analebetreten der Präliminarentscheidung natürlich zu erfüllen aufstehen würde. Die Konferenz soll auf etwa drei Jahre „vertagt“ werden, und inswischen soll die ständige Abrüstungskommission gehen, und die deutsche Gleichberechtigungsforderung und die französische Selbstbestimmtheitsforderung in Einklang bringen kann.

Die ständige Kommission soll sich auch mit sämtlichen ändern unterliegenden Fragen, das heißt also mit so gut wie allen Problemen der Abrüstungskonferenz befassen, und sie wird auf diese Weise zu einer Neuauflage der vorherbestehenden Abrüstungskommission werden, die sich bereits fünf Jahre lang, von 1925 bis 1930, mit allen diesen Fragen theoretisch herumschlagen hat, die jetzt von den Staatsmännern praktisch gelöst werden sollten.

Einschließen ist dem deutschen Außenminister, wie wir aus

zuverlässiger Quelle erfahren, kein Plan vorgelegt worden, der eine Erfüllung des deutschen Wählerentwurfs auf Gleichberechtigung enthält. Offenbar ist auch etwas allzu rasch von interessierter Seite ausgesprochen. Einigkeit der Italiener, aber auch der Franzosen und der Engländer, mit dem wenig veränderten amerikanischen Arbeitsplan noch längst nicht hergestellt.

Die Forderungen, an denen für jede Regierung zwei Delegierte teilnehmen werden, sollen erst morgen vormittag, 9 Uhr, beginnen, da sie bereits um 11 Uhr wegen der außerordentlichen Wählerüberfüllung unterbrochen werden müssen. Sie werden nachmittags wiedergeführt werden, und am Abend wird der französische Ministerpräsident Herriot an die Spitze gehen. Unter diesen Umständen erscheint es ganz ausgeschlossen, daß über einen so schwerwiegenden und weittragenden Plan wie den oben angegebenen morgen in aller Eile eine wirkliche Einigung und sogar mit Deutschland erzielt werden könnte.

Wenn trotzdem heute abend auffallenderweise von englischer Seite die Gerüchte von einer bereits erfolgten Einigung offiziös weitergegeben wurden, so läßt sich das nur aus der Absicht erklären, ein Scheitern dieser „Einigung“ dem deutschen Außenminister für zu schreiben zu können. Mit dieser neuen Schuldburde aber werden ihre Anhänger wenig Glück haben, denn die Beobachter der Genfer Verhandlungen sind zu zahlreich und selbst die amerikanischen Journalisten und unbefangenen amerikanischen Bertretter haben zugegeben, daß der ganze Plan des Abbruchs der Abrüstungskonferenz in der Hauptsache auf den persönlichen Wunsch des amerikanischen Delegierten Norman Davis, sich möglichst bald nach America einzuschiffen, zurückzuführen ist.

Heberausgangsgriff der „Rassen“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 5. DEZEMBER

Das Repräsentantenhaus wurde heute feierlich eröffnet und brachte sich nach zwei Stunden eine kleine Session, in dem von den Gegnern der Prohibition in überwachender Weise eine Wählerentscheidung für das achtzehnte Amendement zur Abstimmung gestellt wurde. Obwohl der „nahe“ Blick nur mit wenigen Stimmen hinter der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit zurückblieb, muß das Abstimmungsresultat als eine Etappe für die demokratische Führung im Repräsentantenhaus angesehen werden. Wäre Garner vorstehiger vorgegangen, und hätte zuerst nur eine Veränderung der Volksliste beantragt, so wäre ihm ein sicherer Sieg zuteil geworden. Der ganze Coup ist typisch für den Radikalismus von Garner.

Der Staatspartei der Stimme, während alle übrigen Bürgerlichen, einschließlich der Demokraten, bei den Nationaltagungen zu kommen pflegen. Obwohl die Sozialdemokraten mit 29 gegenüber 27 Stimmen der Nationaltagung die liberale ParteiJoin, wurde der Nationaltag alsbald geschlossen.

Nach diesem Ergebnis verzichtete die Sozialdemokratie auf jede weitere Beteiligung an der Wahl, und es wurden dann weiter in dem Präsidium der Bürgerchaft ein Deutschnationaler und noch ein Nationaltagung gewählt. Als der neue Präsident seine Amtseinführung gehalten hatte und in die Verhandlungen eintreten wollte, wurde von sozialdemokratischer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß infolge der Unangefälligkeit der nationaltagung die Geschäftsleitung eine Vertagung der Geschäftsabhandlung übersehen worden war und deshalb die Wahl des Präsidiums annulliert sei. Nach einer Unterbrechung der Sitzung mußte dann tatsächlich der Vizepräsident die Wahl erneut vornehmen lassen, die an der Zusammenkunft des Präsidiums jedoch nicht änderte.

Nach der Schluß der Sitzung entstand dann infolge der Hilfslosigkeit des Präsidenten eine neue Krise. Ausnahmendeckung mit den Kommunisten, die der Präsident nur dadurch zu bewerkstelligen wußte, daß er den Fraktionsführer Klamm mit Polizeigewalt aus dem Saal führen ließ.

Das Thüringer Gesamt-Ergebnis

Am Rand Thüringer sind nach einer auf Grund der vorläufigen Ergebnisse angelegten privaten Berechnung bei den Wahlabschlüssen in den letzten freien Wahlen und bei den Sitzungsabhandlungen in den letzten Tagungen insgesamt an Stimmen abgegeben worden:

für die Nationaltagungen 282 082 (gegen 341 240 am 6. November und 423 948 am 31. Juli);

für die Sozialdemokraten 188 227 (gegen 209 784 bzw. 231 233);

für die Kommunisten 150 189 (gegen 178 404 bzw. 191 253);

für den Thüringer Landbund 69 010 (59 402 bzw. 54 885).

Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Landbund bei diesen Wahlen weder in den letzten Wahlen, noch er am 6. November insgesamt 1371 Stimmen erhalten hatte, noch in den Landtagen Altenburg, Gera, Sonneberg und Weimar, wo er letztendlich zusammen 7248 Stimmen erhielt, seine Listen aufgestellt hatte.

Für die Deutschnationalen, die nur in einem Teil der Städte und Landkreise mit eigenen Listen vorgelassen sind, sind jetzt 26 197 Stimmen abgegeben worden.

Für sonstige bürgerliche Listen wurden insgesamt 97 678 Stimmen abgegeben, während die hinter diesen Listen stehenden Parteigruppen am 6. November nur rund 50 000 Stimmen auf sich vereinigt haben.

Dieses Gesamtergebnis bestätigt die Tendenz, die aus den Einzel-Ergebnissen bereits erkennbar war.

Parteiuch-Beamt

Eine Antwort auf die deutsche nationale Kritik

Der auflässige Vorstoß der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags gegen Reichsminister Dr. Bracht wegen seiner Personalpolitik als stellvertretender Reichskommissar in Preußen findet jetzt eine Beantwortung aus „uninteressierten Kreisen“, hinter denen man wohl Dr. Bracht selbst vermuten kann.

Dr. Bracht vertrete die Auffassung, so heißt es in dieser Mitteilung an ein parlamentarisches Nachrichtenbüro, daß es nicht angehe, lediglich hochqualifizierte und gut bezahlte Beamte einzuführen oder von der Beförderung auszuschließen, lediglich weil sie einer bestimmten Partei angehören. Ein solches Verfahren wäre deshalb abzulehnen, weil man es Parteiuch-Beamtenspolitik mit anderem Vorzeichen nennen könnte. Gerade die Deutschnationalen hätten aber den bisherigen Regierungen parteipolitische Personalpolitik immer zum Vorwurf gemacht.

Der Vorstoß der Deutschnationalen war, wie wir mitteilen, in erster Linie gegen die Beförderung des dem Zentrum nahehestehenden Ministerialbeamtigen im Justizministerium, Dr. Wich, zum Ministerialdirektor gerichtet.

Frankreich muß verhandeln

Ohne Wagemut keine Verständigung mit Deutschland

Der Kongreß der Sozialrepublikanischen Partei Frankreichs, der sich Unterstaatsminister de Monzie als Präsident, hat eine Friedensentscheidung angenommen, die ausdrücklich, es werde keinen Frieden in Europa geben, so lange die deutsch-französische Frage nicht in einer für alle Teile gerechten Weise geregelt ist. Die Vertreter der französischen Politik blickten einem Geschehen zu, das in London Verhandlungen und Einflüsse zwischen den beiden Ländern verknüpfte.

Der Abgeordnete Blénon, der seitere langjährige Generalsekretär des deutsch-französischen Studienauschusses (Beratungsausschuss) der jüngere Zeit in Berlin gelebt und ein Buch über Deutschland geschrieben hat, erklärte zur Begründung der Entscheidung: Nach Zürich und nach Locarno habe es in Deutschland einen für die Annäherung günstigen Geistesaustausch gegeben; man sei für die Zusammenarbeit begeistert gewesen. Man habe auf französischer Diktation gewartet, Frankreich habe die Situation nicht erfaßt. Während die die Regierung Deutschlands eine Entscheidung ermöglicht, die Entschädigung einem Geißel der Witterung, das Geißel der Witterung der Friedenspolitik. Frankreich dürfte sich nicht davon freuen, wenn die Vertragsparteien überholt zu sein scheinen, sie zu realisieren. Ohne Wagemut gebe es keine Friedensformel.

Scharfe englische Note an Persien

Der politische Hintergrund des Oelkonflikts

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 5. DEZEMBER

Der Konflikt der Anglo-Persian Oelgesellschaft mit der persischen Regierung war heute im Unterhaus Gegenstand verschiedener Anfragen an die Regierung. Der Unterstaatssekretär Dr. Eden gab darauf bei von allen Seiten mit höchstem Beifall aufgenommenen Erklärung ab, daß die englische Regierung, der die Zurückziehung der Konzeption über die persische Regierung sofort mitgeteilt worden sei, mit den Tatsachen vollständig vertraut sei und auf dem Standpunkt liege, daß die Konzeption definitiv für eine Zeit von 60 Jahren, vom Jahre 1901 ab, gewährt wurde, und daß im Vertrag keine Klausel zur Zurückziehung der Konzeption enthalten sei.

Der englische Gesandte in Teheran habe auf Instruktionen aus London am 2. Dezember bei der persischen Regierung ausdrücklich scharfe Vorstellungen erhoben und insbesondere darauf hingewiesen, eine wie große Bedeutung die englische Regierung der Angelegenheit beimesse. Der Gesandte habe ferner erklärt, daß die englische Regierung zwar noch auf eine sofortige Beilegung der ganze Angelegenheit hoffe, sie jedoch, falls notwendig, nicht zögern werde, alle rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ihre berechtigten und nicht anzuzweifelnden Interessen zu schützen.

Die persische Regierung sei gleichzeitig davon verständigt worden, daß die englische Regierung auf keinen Fall eine Schädigung der Interessen der Anglo-Persian Oelgesellschaft oder eine Einmischung in ihre Geschäftstätigkeit in Persien dulden werde.

Auf die Frage, ob die persische Regierung vor Zurückziehung der Konzeption den Wunsch nach Verhandlungen aus-

gesprochen habe, erwiderte der Unterstaatssekretär, daß, soweit er unterrichtet sei, Verhandlungen fortgesetzt hätten.

Der englisch-persische Oelkonflikt hat eine sehr erhebliche politische Bedeutung und trifft das britische Weltreich in seinen vitalen Interessen. Ganz abgesehen von dem wachsenden persischen Wirtschaftsnationalismus, der sich in erster Linie gegen die englischen Interessen richtet, beweist das radikal-faschistische Vorgehen der persischen Regierung den harten Einfluß des Sowjetismus, das über wertvolle Oelkonzeptionen in den persischen Nordprovinzen am Kaspischen Meer verfügt. Die Kündigung der Konzeption der Anglo-Persian ist bereits vom persischen Parlament genehmigt und durch große Festlichkeiten mit nationalitätlichen Demonstrationen gefeiert worden. Der Vorgang hat aber auch schon im Irak ähnliche Auswirkungen gezeigt. Die Presse in Bagdad hat auf das Wiedererleben Persiens hingewiesen und zugleich von der Notwendigkeit gesprochen, gewisse englische Rechte im Irak zu revidieren.

Auch die Mosauer „Rasswille“ legt den Schritt Persiens als einen solchen Akt und erklärt darin einen Beweis, daß der britische Einfluß in Asien nachläßt. So ist der politische Hintergrund des persischen Vorgehens ganz unverkennbar. Neben der planmäßigen Ausbeutung des politischen Einflusses der Comintern in Afghanistan, Persien und der Türkei läuft der türkische Weltkonflikt auf dem Weltpetroleum-Markt nebenher, der durch den Anstieg zum Export um jeden Preis den Weltkonzeptionen von Österreich und Niederlande sehr ernste Schwierigkeiten bereitet. Nachdem erst kürzlich die Comintern Oellieferungsverträge mit Japan und auch mit Indien abgeschlossen konnte, wird jetzt offenbar, daß wiederum, wie so oft schon in früheren Zeiten, die Deffrage eines gegenwärtlich weitgehenden Einflusses auf die große Politik gewinnt.

Der Kampf gegen die Winternot

Vorschläge und Forderungen für das Sozialprogramm

Bernhard Ditt, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, entwickelt im „Deutschland“ ein Sozialprogramm, dessen Durchführung und seine Realisation die notwendige interparteiliche Einigung bringen könnte. Er formuliert im einzelnen folgende Punkte:

1. Dem Jungem Steuern durch Verbesserung der Unterhaltungen und eine umfassende Winterhilfe; 2. Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Arbeiten unter Verwendung nicht ausgenutzter Steuerpflichtiger; 3. Siedlung; 4. Einbindung zum Weltmarkt durch Aufgabe der Kontingentierungspolitik; 5. Schluß mit dem Exportmonopolisten auf verfassungsmäßigem Gebiet; 6. Fort mit der letzten Notverordnung, insbesondere der sozialpolitischen Ermächtigung und der Sozialfürsorgeverordnung.

Zum Schluß sagt Ditt: „Keiner hat die Größe und Schwere der Aufgaben, vor denen die Regierung schlichter liegt, verstanden. Weil dem so ist und weil so vieles auf dem Spiel steht, ist es notwendig, daß die Volkvertretung im Interesse der Wirtschaft und des Volkes eine Periode der Ruhe und inneren Sammlung ermöglicht und ebenfalls von der Regierung eine soziale und empfindsame Politik fordert.“

Der Vorstoß der Industrie- und Handelskammern Berlin, Dr. Göttsche, hat in einer Erklärung zur Regierungsausschreibung: Angesichts der Bedrohung unserer Wirtschaft findet Anlaß, nicht ohne Optimismus, trotz eines gewissen Mißtrauens im November, an die Winterarbeit heranzugehen. Die Wirtschaftslage kann sich freilich nur dann heben, wenn von Seiten der Reichsregierung alles geschieht, um die Beschäftigung zu fördern und Hemmnisse zu vermeiden. Was es möglich ist, die Lage der deutschen Landwirtschaft durch weitere Hilfsmaßnahmen auf diesem oder jenem Gebiete zu erleichtern, so darf doch jedoch keinesfalls der deutsche Export erschwert werden, wie es bei dem heftigsten erzielbaren Plane der Kontingentierung der Fall war.

Unentbehrliche Grundlage für jede Besserung ist die Bewahrung einer festen und unerschütterlichen Währung. Der Umstand, daß es gelungen ist, die Währ zu halten, hat das Vertrauen auf eine bessere Zukunft im Volk mehr unterstärkt, als irgendeine andere Erscheinung. Freilich wird es zu einem weltlichen Ausblühen unserer Wirtschaft nur dann kommen, wenn über den Rahmen einer national erfolgreichen Wirtschaftspolitik hinaus eine internationale Verhandlung erfolgt. Die Bereitschaft der Schlichterung der internationalen Beziehungen, der Schlichterung und der Befreiung des Warenverkehrs von übermäßigen Einfuhrzöllen hängen dringender von der Entscheidung. Käuflich sind auch hier ein Erfolg erzielen, kann diese nach menschlichem Ermessen die Wahrung sein, die aus den Bestreitungen der Gegenwart in eine offene Zukunft einfließt.

Auf das Stichwort „Arbeitsbeschaffung“ sind neben sich jetzt naturgemäß auch wieder die Projektentwickler. Unter ihnen befindet sich leider auch der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der eine Kreditausweitung mit folgenden Maßnahmen propagiert: 1. Der Weltkonzeption ist solange zu halten, bis wieder in großen Ausmaßem Handelswechsel an die Wirtschaft herangezogen werden. 2. Die einmal geschlossenen Steuerpflichtigen sind zum Zwecke ihrer finanziellen Verwertung darauf in der Höhe des Parafiskus zu halten. 3. „Bestimmte Wertpapiergruppen“ sollen als Bedingung für einen

erweiterten Notenumlauf zugelassen werden. Solche Wertpapiere sind insbesondere Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen sowie Briefanleihe.

Die Vorschläge des D. S. B. sind gewiß in manchen Punkten diskutabel. Sie dürfen aber nicht die Grenze überschreiten, die als Arbeitbeschaffungsprojekte gelten, die Klarheit und Unverletzlichkeit unseres Währungsregimes ist.

Der Block der Kleinen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 5. DEZEMBER

Im Hinblick auf die morgen beginnende außerordentliche Welterbversammlung zur Prüfung des Vpton-Berichts über das Mandatsproblem hat die heute Zusammenkunft der Mitglieder des aus der Arbeitslosenfrage bereits bekannten Arbeitslosenblocks stattgefunden. Die acht Staaten sind Schweden, Spanien, Dänemark, Holland, Belgien, Estland, Fischelhofel und Spanien. Der belgische Delegierte, der allerdings als Präsident der Welterbversammlung nur nicht offiziell an den Besprechungen teilgenommen haben. Das Bemerkenswerteste ist die Tatsache, daß die genannten acht Staaten zum erstenmal in einer rein politischen Frage eine gemeinsame Politik beprochen haben.

Eine Petition der afrikanischen Gemeinschaft im Irak, der, wie bekannt, seit Oktober als selbständiger Staat der Mandatsaufsicht entzogen ist, und dem Welterbänder angehört, hat heute nachmittags den Welterbtag längerer Zeit beschäftigt. Die christlichen Missionare erließen nach der Beantwortung der Regierung des Irak die Schaffung einer eigenen nationalen Selbstverwaltung. Nach vielen guten Worten, zu denen auch der Vertreter des Irak und des Präsidenten der Mandatskommission beitrugen, wurde schließlich ein kleines Komitee aus den Vertretern Frankreichs, Italiens, Norwegens und Englands eingesetzt, das schon heute abend zusammenzutreten und zu sehen soll, was man für die offenbar von den mohammedanischen Arabern des Irak nicht gerade wohlwollend behandelte christliche Gemeinschaft tun könnte.

Brüning in Berlin

Die auch von viele übereingeeigte Meldung italienischer Blätter, daß Reichstagspräsident Dr. Brüning zu einem längeren Aufenthalt in Tripolis eingetroffen sei, ist nicht richtig. Dr. Brüning verläßt zur Zeit in Berlin.

Protestnote um einen Fes

Ägypten beabsichtigt, der türkischen Regierung eine Protestnote zu schicken. Der Grund? Die türkische Regierung, der bekanntlich in seinem Land des Fes verboten hat, forderte den ägyptischen Gesandten bei der Republikanische in Ägypten auf, daß der großen Fes wegen dem zur Oel-Lieferung geübigen Fes abzulehnen. Die ägyptische Presse erklart in dieser Aufseherung eine Beteiligung.

Das Ende der Revolution

Nach dem Ausbruch der Revolution war das wichtigste Ziel für Ebert und für die Obere Exekutive, sie zu beenden. Aber die Bolschewisten, ein in sich gespaltenes Gremium, hatten nicht die Macht, Herr der täglich wachsenden radikalen Elemente zu werden. Groener entfesselte Schleicher nach Berlin. Dieser verhandelt hier mit den Bolschewisten und legt, von Ebert unterstützt, die militärische Forderung der Entlohnung der Zivilbevölkerung durch, kaum, daß ein Monat seit dem 9. November vergangen war. Und als der Ratsrat der Bolschewisten und Arbeiterseite seine und der Bolschewistenkommunisten die Abschaffung der Rangabzeichen und die Befreiung des Waffentragens auf die Dienstenden beschließt, erreichen Groener und Schleicher in persönlicher Verhandlung die Aufhebung dieses Beschlusses. Ein Kompromiß wäre möglich gewesen. Aber der Ratsrat sollte nachgeben — vielleicht nur zur Illustation des Kräfteverhältnisses. Zum Verhandeln blieb immer noch Zeit, jetzt mußte gehandelt werden. Auch war die Armee trotz des Bildnarrsches die stärkere. Nicht nur, weil sie Waffen hatte, sie verfügte auch über eine wohlorganisierte und gutgeleitete Generale — in Berlin herrschte der Wirrwarr der Räte.

Nach einmal trat Schleicher in den Dezembertagen in Affion. Die Volksmarine-Division, eine revolutionäre Truppe, befiel im Dezember 1918 die Reichsflagge. Ebert ruft über einen geheimen Drahst das Hauptquartier in Kassel an. „Am Apparat ist Schleicher. Er fordert militärische Hilfe an, nicht ohne jedoch mit Janus zu hemmen. Wichtig ist hier fast noch in nicht verpaßten Gelegenheiten noch eine Möglichkeit, einen Schlag gegen die Radikalen zu führen.“ Aber die Truppe der alten Armee unter dem General Lequis verweigert. Der Angriff gegen die Aufständischen mißlingt, das Korps Lequis ist nicht mehr zusammenzubekommen. In Kassel ist man sehr enttäuscht. Befehlet wird ein Teil der Offiziere die weitere Zurückverhaltung der Armee und des militärischen Schutzes der Regierung aufgeben.

Freiwilligenkorps

Schleicher hat trotz allem Realismus Phantasie, er kann in Entlohnungen denken und befiel eine Fortsetzung von der Eventualität kommende Ereignisse und Forderungen. Als Groener seine Mitarbeiter um ihre Ansicht zur Wiederkehr des Korps Lequis bittet, meißt Schleicher sich gegen die Fortsetzung seiner Kameraden. Die Weisheit der Offiziere bentt nur in Kategorien der regulären Armee, in der sie aufgewachsen sind. Schleicher will Freiwilligenkorps zur Verteidigung der Ordnung organisieren, mit Militär aus und voll Abneigung hören dies die Militärs. Was wird aus der hierarchischen Ordnung und solchähnlichen Disziplin? Würde das nicht eben so das Ende ihrer Armee bedeuten? Wägen wir nicht noch das letzte Fortsetzung zu denken, die letzte traditionelle Gewalt in diesem „Rebellentum“ gegen. „Principio obsta“, keine revolutionären Maßnahmen, sie können den Träger selbst zum Revolutionär werden lassen — so mögen jene Offiziere gedacht haben.

Groener, der demokratische General, zur rechten Stunde, da zwei Staatsformen sich abwiegen, in die entscheidende Stellung bei Sindeburg berufen, und sein Mitarbeiter, der nicht die hypothetische Zahl traditioneller Denkmäner wie seine Kameraden trägt, haben nicht die harre Auffassung. Es kommt nur darauf an, wer diese Freiwilligenkorps einsetzt und führt. Diese, wohl unwillig, aber Sympathie für alles Fortsetzung, eine Revolution, die letzte traditionelle Gewalt so manche in Deutschland, denkt auf seine Art ähnliche wie die beiden modernen Offiziere: Bolschewer oder alte Armee, es kommt nur darauf an, über eine besessene Macht zu verfügen. Und so treffen sich wieder die beiden Gemalten, Sozialdemokratie und Generalstab.

Die Freiwilligenkorps marschieren, die Revolution wird abgewirgt. Weismann, der spätere Staatssekretär in Preußen, war für Schleicher einer der wichtigsten Verbindungsmänner zur preussischen Regierung, und diesem in manchem nicht unähnlich, ohne dessen Format und Willkür die Befreiung, der alten Preußen, der Revolution, leitete er die Operationen von der Zivilverwaltung aus. Eine Rolle in dieser Zeit spielte auch Otto Wolff, der schwerindustrielle Händler aus dem Westen.

Diese Maßnahmen ziehen sich über Jahre hinaus. Aber eine erste Gefahr befiel bald nicht mehr. Einen Teil der Freitroops, die besten der Freiwilligen, hatte man in die Wehrmacht übernommen. Der Rest blieb ein Heer innerpolitischer Beunruhigung und wurde für die Außenpolitik auf einer ständigen Zahl. Ihre Führer, Renaissance-Kämpfer, blinnten sich als Cobdottier, Landbesitzer und Befreiungsbekämpfer waren inoffiziellen Verbindungen als das Willkürstern des bürgerlichen Berufs. Die Kiste fielt in ihnen die Stützkräfte der Generalverwaltung. Sie waren zu versipfelt, es sollte ihnen der zusammenfassende Führer. Sie waren Monarchisten, Antimilitaristen und teilweise Franzosenfeinde; aber auf anderen Deulen zu dienen, waren sie bereit, föhler sie nur dienen konnten, was sie waren.

Bis 1923 glaubte man, Freitroops unter Umständen noch gebrauchen zu müssen; sie loszuwerden war schwierig. Bekämpfer wollte man sie nicht, man befürchtete eine politische Befreiung der alten Truppe. Aber Zuführung mußte man mit ihnen halten, denn fanden sie wenigstens einen Aufstiege, sie würden schon verschwinden in ruhigen Tagen. Schleicher sollte recht behalten, aber er ajnte wohl noch nicht,

Ein aufmerksamer, unvoreingenommener Beobachter der Zeitgeschichte unternimmt hier den Versuch einer biographischen Skizze des neuen Reichskanzlers. Er hat (in der Sonntagsausgabe) Herkunft und Milieu Kurt von Schleichers geschildert, und wie der Generalstab in heimlichem Bündnis mit der Sozialdemokratie Eberts 1918 das Reich retten hilft, indem er die Armee bewahrt.

daß ein Teil dieser Freitroops in der G.M. und der G.S. der Nationalsozialistischen Partei wiedererhalten würde.

Der Traum des Volksheeres hatte sich nicht verwirklichen lassen. Im Gegensatz zu Revolutionen in anderen Ländern war das deutsche Offizierskorps eine Einheit geblieben. Sindeburg und Groener verhandelten den Auseinanderfall der Armee. Der tschechische Marschall führte Ebert und den Bolschewisten seine und der Armee Kompatität zu. So fehlt es den Revolutionären an revolutionären Offizieren. In den Befreiungen mit Groener und Schleicher hätte die Bolschewisten erfahren müssen, daß sie nicht befehlen, sondern nur bitten und verhandeln konnten.

In beiden Fällen der Einheit der Wehrmacht, der Unmöglichkeit zur Organisation einer Volkswehr liegt die entscheidende Weichenstellung für die Entwicklung des künftigen Staates. Die Weiche hatten Groener und Schleicher gestellt. An ihrem Scheitern dürfte nicht getrübt werden. Aber würde die Einheit der Armee auch in der Republik gemahrt bleiben? Würde die Wehrmacht die fürstliche Bezahlung der Entlohnung und Bekleidung, der Kontrolle durch feindliche Offiziere ertragen — Groener und Schleicher hatten in der Unterzeichnung des Friedensvertrages das kleinere Übel gesehen —, würde sie, die Erbin der tschechischen Armee, sich gegen eine Sindeburgs Oberbefehl, sich mit der eintr verhalten. Demoralisierte Soldaten, mit Parlament und Parteien abfinden? Konnte die Wehrmacht, die links nicht entstanden, sich nicht auf einmal rechts setzen?

Schleicher war jetzt einer der nächsten Mitarbeiter Rostes. Er ist unermülich befreit, zwischen dem widerbreitenden Heer und mühsamlichen Sozialdemokraten als Schwierigkeiten und Weibungen aus dem Weg zu räumen.

Am März 1920 kommt es zu dem gescheiterten Bruch im Heer. Die Freitroops, die von Schleicher geschaffen, sind die Schrittmacher des Büfisses. Rapp und der Chef der Armee, General Küttner, usurpieren die Regierungsgewalt. Nur ein Teil der Offiziere folgt ihnen. Schleicher bleibt mit den meisten Generalstabsoffizieren in Reichsministeramt, er erkennt den diktatorischen Leichtsinn der Generalverwaltung. War schon der Zutritt eine Vorzeit, ein noch größerer Fehler wäre jetzt jede militärische Bekämpfung. Das war das Ende der Armee. Abwarten, die entscheidende Frage ist die Einheit der Wehrmacht. Ohne Reichswehr kein Reich — die Reichswehr war das Reich. Ein gedanklicher Ausweg. — Die Revolte brach in sich zusammen.

Wieder drohte das heimliche Bündnis auseinanderzufallen. Wieder tauchte die Idee der Volkswehr auf. Dieses Mal war sie ausdiesiger. Da entbrannen in Mittel- und Westdeutschland Kämpfe. Die Wehrmacht wurde gebraucht, das Bündnis blieb.

Unter Geßler und Seck

Zum zweitenmal wird der Neubau der Wehrmacht übernommen. Der große Organisator und Stützende der Reichswehr war Seck, sein Minister der Vierzehner Oberbürgermeister Geßler, ein fidelethätiger Katholik. Schleicher trat jetzt mehr in den Hintergrund, der Minister, bauerständig und wenig, ist jetzt selbst politisch sehr agil.

Ammerich fällt in diese Zeit Schleichers große organisatorische und politische Stellung der Vorbereitung und Durchführung des militärischen Ausnahmezustandes im Winter 1923/24. Die damalige Zeit war ähnlich der heutigen. 1923 war der entscheidende Uebergang des öffentlichen Lebens die Inflation, wie jetzt die Arbeitslosigkeit. Die Voraussetzung für die Stabilisierung der Währung, ohne die an einen Aufbau der Wehrmacht nicht zu denken war, war Ruhe und Ordnung. Deutschland drohte neue Revolution. Drogen und Espionage waren im Aufstand. Der militärische Ausnahmezustand wird verhängt, die politische und administrative Macht ging auf Seck und die Wehrtruppenkommande über. In Bayern war eine partikularistische Militär-Rebellion ausgebrochen. Die Reichsregierung unternimmt nichts — das alte Problem, Reichswehr gegen Wehrmacht. Sadgen wird militärisch befreit. Aber auch im militärischen Ausnahmezustand läßt sich Ruhe und Ordnung nicht allein durch militärische Befehle aufrechterhalten, man befreit der politischen Verbindung. Schleicher ist in dieser Zeit vor allem Verbindungsmann zu Preußen, das Heer über den größten Verwaltungsapparat ist. Darüber erkennt damals die Reichswehr die Kompatität Preußens an. Ebering war in jener Zeit Minister des Inneren.

Reichswehr und Reichsreform

Am März 1924 gibt Seck die Macht der Generale an die zivile Regierung zurück. Man denkt in der Wehrmacht nicht an händige Militärdiktatur. Man will nicht die Herr-

schäft, sondern nur eine gewisse Autonomie im Staat. Wenn jetzt der militärische Ausnahmezustand verhängt würde, so war dies eine Maßnahme höchster Not gewesen, denn ohne das Reich gäbe es auch die Wehrmacht nicht, jetzt eine solche Maßnahme mußte man in Zukunft vermeiden. Der bürgerliche soll hat erneut die Notwendigkeit der Fernhaltung der Reichswehr von der Innenpolitik erwiesen, hatte die Gefahr einer militärischen Exzitation gegen die Länder gezeigt. Die Ausnahme, die von Seiten der Reichswehr — und wahrscheinlich nicht ohne den politischen Referenten — vertreten wurden, sind eine Reichsreform, die einen Konflikt zwischen Reich und Länder ausschaltet und die Verantwortung der Exzitation für Reich und Mitteldeutland auf das Reich verleiht. Der Willen zur Entpolitisierung der Wehrmacht konnte nicht stärker zum Ausdruck gebracht werden, als es hier geschah.

Der erste Schritt in die offizielle Politik

Das Prinzip der Wehrmachtspolitik hieß: unbedingte Souveränität innerhalb der Reichswehr, lokale Sattlung nach außen. Dieses Prinzip, das zugleich ein politisches Problem war, politisch zu vertreten, war die Aufgabe Schleichers. Der Reichswehroberbefehlshaber mußte Politik treiben, damit die Reichswehr unpolitisch blieb. Kurz, in ihm entluden sich gleichsam die politischen Spannungen, ehe sie noch in die Reichswehr einbringen konnten. Zugleich war Schleicher der politische Beobachter der Militärs. Er hatte Zutritt für kommende Entscheidungen und neue Strafe, verhandelt es, den Parteien und Gruppen den Puls zu fühlen. Allmählich begann der große Umwandlungsprozeß als Folgeerscheinung der Revolution. Die Reichswehr konnte nicht völlig abseits von Politik umgehört ihren Weg gehen. Aber die Behinderung ihrer Störung erforderte eifrige Führung und diese wieder sichere Kenntnis des Terrains.

Schleicher vertrat Seck, den Chef der Heeresleitung, im Reichstag, gibt auf Beschwerden und Anfragen Auskunft, verhandelt mit Ländern und Parteien über den Etat. Er ist eben so wenig wie jäh; die Finanzen sind nicht seine Sorge, aber den Wehrmacht leht er durch.

Zu den parlamentarischen Aufgaben treten außenpolitische. In den heften Entlohnungsfragen erreicht er, solange noch die Militärkommission in Berlin fielt, Erleichterungen über die diplomatischen Vertretungen. In der Presse ist eine Zeitung die Rede von einer Feindaußenpolitik des Reichswehrministeriums, und im Zusammenhang damit wird sein Name genannt. Die breite Öffentlichkeit hört zum erstenmal von dem unbekanntem Offizier. Seine Zeitigkeit nimmt zu, sein Einfluß wächst, denn auf Seckler ist Groener gefolgt.

Schleicher wird nun der engste Berater des fremden und Ministers. Seit 1926 ist er Oberst. Im März 1929 wird er Chef des Ministeriums und Generalmajor. Jetzt Jahre lang lag er nun in der Vordienststelle; General konnte man im allgemeinen nur werden, wenn man an der Front Dienst geleistet hatte. Aber Schleicher war auf seinem Platz unentbehrlich; fünfzehn Oberleutnant überprüng er bei seiner Beförderung, in jeder Richtung war das Vornehmen für dieses Jahr eine ungewöhnliche Maßnahme.

Es war der erste Schritt aus dem Hintergrund. Das Reichswehrministerium leitete nun einen Staatssekretär, den Sozialist Seck, gefolgt, eine Einrichtung, in der ersten Zeit unter Oberst, einer der wenigen, aber auch sehr kurzlebigen Ererungen-Gesellen des Rapp-Büfisses.

Die Regierung befreit die Ernennung nicht. Aber sie war so schnell zum Widerstand. Schleichers scharfer Oger im Kabinett war Ertreimann, nicht nur um der Außenpolitik willen; der eifrige leidenschaftliche Bewunderer Ludenborffs hegte nach der großen Enttäuschung tiefes Mißtrauen gegen politischen Militärs.

Groener wird vor und nach der Ernennung gemarrt. Ertreimann antwortet er nur: „Mein befreit General, ich kenne ihn schon aus dem alten Generalstab, schon damals war er ein hervorragender fähiger Offizier.“ Und damit scheidet er jegliche Distinktion ab.

Fortsetzung folgt

Bayen verabschiedet sich

Reichspostamt von Sindeburg empfang den Reichsplaner von Bayern zur Verabschiedung. Der Reichspostamt überreichte bei dieser Gelegenheit als äußeres Zeichen seines Dankes und seiner Anerkennung dem scheidenden Reichsplaner sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

Der Reichspostamt hat die durch Reichsministerföhrlich vorgeschriebene Vereidigung des neuernannten Reichsarbeitsministers Dr. Friedrich Grupp vorgenommen.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Monatsgeldes — Täglich „Unterhaltungsblatt“ — „Finanz- und Handelsblatt“ Wochentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ — „Literarische Umschau“ — „Reise und Wanderung“ — „Recht und Leben“
Für Rückbestellungen und Anzeigen: Manuskripte Porto beifügen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Helden im Krankenhaus

Leben als Opfer — Die feindlichen Blutsbrüder

Das Krankenhaus umfaßt 2000 Betten in vierzig Stationen. ... 150 Kranke liegen zwölf Stunden lang von Kranken zu Kranken, und auch des Nachts haufen die Schwermsten ...

Von ganz solchen Fällen soll hier erzählt werden: Einmal, wenn man in den Saal trat, lag ein Mann. Er war ungefähr 35 Jahre alt. Sein Gesicht war abgemagert ...

Nach der Wunde begann die Wundbehandlung, das Verbinden, das Säubern, das Waschen ...

Nach einer Bluttransfusion, die man vornehmen mußte, um ihn wieder zu kräftigen, enthielt er das Mittel gegen die zögen Lebens. „Wie fühlen Sie sich?“ fragte ihn der Arzt ...

Der Wille, der umgebende Wille zu leben war es, der ihn hielt. Und warum?

Sehrer Tag festes Lebens brachte seiner Familie eine kleine Unterstützung, die sie vor dem Verhungern schützte ...

Das eines Morgens, als der Arzt den Saal durchschritt, trat er an sein Bett: „Wie geht es Ihnen?“ Da wandte er

den Kopf und sagte: „Wachhals...?“ und war gestorben. — Sein Sohn stand wie gerührt, als ihm in dunkler Flut die Mitteilung vom Tode seines Vaters gemahnt wurde.

Das andere Mal handelte es sich um einen jungen Menschen. Es war nichts — drei Uhr. Geheures Gefühl — alles schön. ... Da schriele das Telefon: „Rufungsangst, angehörsener junger Mann. Kommen Sie?“

Die Unterredung war bald beendet: Augenrings, „Starter Mutterlieb“, meinte der Oberarzt, ... werden eine Transfusion vornehmen müssen. Schmeißer Oberarzt, bezeichnen Sie alles in meinen Operationsaal vor.“

In einigen Minuten stand das Resultat fest: Blutgruppe O. Ausgerechnet Blutgruppe O muß der Mann haben — kommt also nur dieselbe Gruppe in Frage ...

„Es war ein feiner Bett, werden ihn, und erklärte ihm den Schockzustand. „So — für einen Mann soll ich mich anpassen lassen — ausgerichtet für einen angefallenen Mann.“

Er stand auf, die Schwermsten halfen ihm beim Anziehen — und folgten den Ärzten durch die Nacht.

Im Operationsaal lag der Bleiferte. Gleich, vor Schwäche unfähig zu einer Bewegung, schlug er nur die Augen auf, um die Ankommenen zu sehen. Der Kommunist ging auf ihn zu, ...

Nach einer halben Stunde war die Übertragung beendet. Der Nationalsozialist war gerettet.

Betina Ewerbeck.

Brand in den Glendtschächten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 5. DEZEMBER

In der Nähe von Sosenhölzle, wo immer noch 400 bis 500 Kollischtsche durch Arbeitlose in Betrieb gehalten werden, ist ein umfangreicher Glendtschächten ausgebrochen. Die von den Arbeitlosen geborgenen Schächte sind dort teilweise unterirdisch miteinander verbunden.

Auch an anderer Stelle hat der wilde Kohlenbau wieder Unglücksfälle im Gefolge gehabt. So wurde im Dombrowener Revier ein Arbeitloser in einem von ihm geborgenen Schacht verbrannt. In der Nähe von Katowice wurde der zwölfjährige Arbeitloser durch Kohlenbau getötet.

Japanischer Kreuzer gesunken

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 5. DEZEMBER

Der 1922 gebaute 900 Tonnern große japanische Zerstörer „Amorabi“ ist bei einem Sturz an der Küste der Insel Formosa bei Gutschi gesunken. 14 Mann der Besatzung wurden getötet, 50 Mann an Verwunden gemeldet. Aus Macao sind zwei Kreuzer zur Hilfeleistung entsandt worden.

Selbstmord eines Bankdirektors. In Oberhausen erschloß sich gestern der Bankdirektor ...

Leitung der Filiale der Commerz- und Privatbank ...

Chupo in Warmbereitschaft

Am heutigen Tage der Reichstagsöffnung wird die Chupopolitik, weitestens in einzelnen Subtiteln, in erhöhter Warmbereitschaft stehen, da Anzweihen dafür sprechen, daß noch während der ersten Sitzung ...

Die Zentrale, das gestern nachmittag bereits Politzscheimete mit ungeschliffenen Sturmmieren auf der Straße zu sehen waren, steht mit den für heute geplanten Maßnahmen in keiner Verbindung. So sollte lediglich noch außen betont werden, daß die Polizei gegen die jetzt heute Abend eintreffenden kommunistischen Demonstrationen vorgehen wird.

Politisches Attentat? In der Nacht zu Montag, gegen 4 Uhr, wurde im Norden Berlins, an der Ecke des Strofensers und der Selter Straße, der Währungs Arbeiter Waz Wien in der Getzezugmeisterstraße 3 in einer Wundlade liegend bewußtlos aufgefunden. Im Krankenhaus hielten die Ärzte einen lebensgefährlichen Lungenstill fest. Da von vordereiter der Verdacht bestand, daß der Tat politische Motive zugrunde liegen,

Das Unterhaltungsblatt der Vossischen Zeitung enthält im gestrigen Abendblatt u. a. folgende Beiträge: Karderke ... von Desiré Kostolányi, Kierkegaard's Königsweg ... von Heinrich Mühsam, Gustav Meyrink

wurde Kriminalkommissar Geiseler von der politischen Polizei mit den Nachforschungen beauftragt. Es hat den Anschein, als ob Wien, der mit den Nationalsozialisten sympathisiert, ohne Ansehen der Partei angehört, eine kommunistische Arbeitskolonne, die am Nordufer gearbeitet hatte, stellen wollte und dabei durch einen Schuß niedergelacht wurde. Wie verlost, war Wien aus einem in der Nähe befindlichen Versteckhof der Nationalsozialisten, als er erfaßt, daß Kommunisten in der Nähe seien, hinausgejagt.

Laßt Bücher sprechen!

Die Winterzeit beginnt. Man wird wieder eingeladen und man weiß, daß es nicht hübsch ist, mit leeren Händen bei der Dame des Hauses zu erscheinen. Es gibt Ziele, für die eine Abendbesuche — gleichgültig um zum Tee oder zum Essen — gleichbedeutend ist mit den bewußten langwierigen Besuchen. Die man nach der Vorbereitung gratuliert in die Hand der pflichtgemäß erstreuten Dame gleiten läßt. Blumen sind gewiß schön und auch die Blumenhändler und Gärtner wollen und müssen leben. Man soll oft und getraut weiter schenken. Aber es müssen nicht überall und jederzeit Blumen oder alle in Blumen sein.

Sie legen sonst wohl Wert darauf, in unserem Sturmfrenn eigenen Gesichtes Hitz herausarbeiten und zu unterstreifen. Ihrem elegischen Herren geht das bis zur Auswahl der Strawatte, die ihnen andere weniger Kopfzerbrechen macht und deren Einkauf bei den oft einer Angelegenheit für ihr Leben Mann befragt, was für ein Baum liefern wir nicht auch imlande feine, feil zu kaufen — hübsch, das heißt nicht schmucklos, sondern nach unserm Eigengeschmack und mit einem guten und feinen Einfühlungsvermögen in die Wunschvorstellungen der Besichtigten? Gensich gibt die Blumenpreise dazu Gelegenheit, oder daneben gibt es noch ganz andere und vor allem sehr variable Möglichkeiten, um feinstimmig und nützlich hübsch zu scheitern.

Wie wäre es nämlich mit Blumen? Unter den modernen Frauen, die abends Gäste empfangen, gibt es ja doch heute mehrfach eine sehr große Zahl, deren literarisches Interesse über das hinausgeht, was ihnen die Zeitungsblätter und der eigene Buchschrank zu bieten vermag und die sich für die Erdischkeiten in deutschen Buchhandel verhalten oder doch verfolgen möchten. Für sie wäre es besonders eine wertvolle Überbrückung und eine ehrliebe Freude, als Gastgebinde eine interessante Reisezeitung im hübschen Gewand zu erhalten. Aber es muß ja gar nicht immer etwas „Neues“ sein. Gerade hier kann man sich im besten Sinne galant, nämlich vorwiegend aufmerksam erweisen: Wenn man sich nämlich bibliophile Sammler aus einer gründlichen Unterhaltung mit der Dame des Hauses daran erinnert, daß sie ein Buch, über das man mit ihr sprach, nicht konnte, oder gar den Wunsch ausprobiert, es einmal lesen zu können. Ein solches Gespräch wirkt doppelt sympathisch, weil es persönliches Interesse verriet, und zeigt, daß man Unterhaltungen dieser Art nicht nur als leere Konversation betrachtet, sondern ihnen überhaupt im Gedächtnis bleibt.

Nichts ist somit leichter, als im Gewande eines Buches — und wie sich heute erfreuerweise schon wieder so weit, daß Bücher keineswegs mehr lediglich als ein Mittel zum Zweck zu machen, das einerseits für den Geschmack, die Kultur und den eigenen Stil des Schenkenden ein Zeugnis ablegt — und das andererseits der Besichtigten doppelt Freude macht, weil sie empfindet, daß ein gewisses Nachdenken und der Versuch eines Einfühlens in ihre Lebensauffassung und in ihren Interessenkreis darauf verwandt worden ist, es auszuwählen. Wie reizvoll ist es, wenn man den Versuch machen kann, das literarische Interesse der Dame des Hauses, in dem wir gern verweilen, in eine bestimmte Richtung zu lenken, die uns am Herzen liegt, indem wir ihr ein Buch mitbringen, das diese Richtung begründet oder gestützt verteidigt; damit haben wir neben dem hübschen und interessierten aufgenommenen Geschenk auch die Chance eines angeregten Gesprächs, das für das nächste Zusammenkommen mit der Besichtigten.

Keine Zeit hat sich so wie die unfruchtbar der Konvention und von allem, innerlich nicht begründetem Gewohnheitsrecht losgelöst. Auch im Gesellschaftlichen verneint noch immer die eigene Natur die eigenwilligen und individuell gezielte Wert der eigene Natur, die im Bewußtsein einer feinen Aufmerksamkeitsfähigkeit geteilter Blumenorten befristet fest und wagt sie höchstens bei sehr engen familiären Beziehungen durch eine Schokoladenpönde zu erheben, obwohl gerade an Gesellschaftsabend die Dame des Hauses sich im allgemeinen aus Eigenem schon mit Blumen und Konfekt „eingedeckt“ hat.

Diese etwas starre Doktrin darf zu durchbrechen, wo das eigene Selbstgefühl auch in kleinen Aufmerksamkeiten — die oft große Freude spenden können — sich als Anzeichen der guten Verhältnisse auswirken möchte, wäre eine durchaus lobenswerte Aufgabe der menschlichen Welt, die sich über den eigenen Selbstgefälligkeit hinaus, und neben dieser Verneinung gesellschaftlichen Selbstgefühls, es noch dazu eine würdevoll gar nicht zu verachtende Folge, wenn in einem Lande, das wie das unsere im Versuch steht, daß Bücher dort mehr geliebt als gekauft werden, das Schenken schöner und gebaltvoller Bücher wieder Blüte würde. Es leben nämlich allerorten Bücher — der Buchdrucker, der Buchhändler, der Verleger und Buchhändler, Papierfabrikanten, Farbenfabrikanten, die den Himmel was noch alle außen sein mit den wenigen ihnen bei diesen scheinlichen Zeiten noch verbliebenen Zinsen am

Fußball-Finish im Süden

Vier Gruppenmeister schon ermittelt

Die süddeutsche Gruppenmeisterschaft wurden am Sonntag ermittelt. 1. F. C. Nürnberg, 2. VfL Bochum, 3. VfL Bochum, 4. VfL Bochum...

Die Norddeutsche Gruppenmeisterschaft wurden am Sonntag ermittelt. 1. VfL Bochum, 2. VfL Bochum, 3. VfL Bochum...

Die Mitteldeutsche Gruppenmeisterschaft wurden am Sonntag ermittelt. 1. VfL Bochum, 2. VfL Bochum, 3. VfL Bochum...

Die Westdeutsche Gruppenmeisterschaft wurden am Sonntag ermittelt. 1. VfL Bochum, 2. VfL Bochum, 3. VfL Bochum...

Am Sonntagmorgen wurden die folgenden Resultate veröffentlicht: Borussia Dortmund 2:2, Schalke 04 2:1...

Großer Erfolg der B.H.C.-Damen

Harvestehude 1:4 geschlagen!

Während den vielen Erfolgen, die Hamburg Hockey-Mannschaften in letzter Zeit in Berlin erlangen, hat am Sonntag ein kleiner Misserfolg die Freude über die Siege getrübt...

Selfried box in London. Bei der Großveranstaltung, die morgen in der Bonhams Auctioneers stattfindet, wird auch der frühere deutsche Weltrekordmeister Hans Selfried in den Ring...

geh. Der Buchmer ist erst in letzter Minute als Ersatz für den erkrankten (schwedischen) Mittelgewichtsmesser Jürgen verpfichtet worden...

Berliner Handball-Siege

Askanier und Tif fast am Ziel

Drei Handball-Mannschaften der Turner wollten zu Punktspielen in Berlin und alle drei lebten mit Niederlagen beim. Der Askanier T. hatte, wie wir erwarteten, gegen Hoff 0:1...

Bei den Sportern wurden im ganzen nur drei Spiele in der Oberliga ausgetragen. Der B. S. 92 hatte seinen guten Tag...

Allerlei von Ueberall

Der Münchener Männer-Lo. v. 1879 veranstaltete ein internationales Schwimmbadturnier. Von dem deutschen Meister Frey...

Das internationale Schwimmbadturnier in Wien brachte vor ausverkauftem Hause einen Sieg des B. S. Oelrich 1900 in der 4x200-Meter-Frauenstaffel...

Am Verbands-Rugby-Spiel zwischen Tennis Borussia und Siemens siegte Tennis Borussia mit 10:3 (3:0).

Die fanalische Eisstockmannschaft Edmonton Superiors hat Besttrag in Sommerkristen ein Eisstockspiel gegen eine englische Auswahlmannschaft aus und siegte ganz überlegen 7:1 (2:0, 2:0, 2:1).

Zugunsten der Reichsliste finden in der nächsten Zeit einige hochinteressante Fußballspiele in Wettbewerbslauf statt. Die Profispieler des Wiener A. C. treten am 25. Dezember in Dörfen, am Tage darauf in Köln und am 29. Dezember in Bonn gegen Auswahlmannschaften des Rheinlandes an...

Prozeß Jäger verlagert

Die Verhandlung des IV. Strafenamts des Reichsgerichts wegen Reisesverrat gegen den Schöff Jäger, der den Oasengriff bei Zangemard im April 1918 den Franzosen verraten haben soll, wurde gestern auf den 9. Dezember verlagert...

Tonkünstlerfest bei Kroll

Bei Kroll fanden die Tonkünstler vom Festen ihrer erwerbslosen Kollegen. Neben der Tonkünstlerin, die Rechte trat, warteten Günter und Polakoff auf den 9. Dezember verlagert...

Verene, Vorträge, Veranstaltungen

Demokratischer Verein Naumburg, Ortsgruppe der Deutschen Staatspartei, 8 Uhr, Restaurant Matze, Naumburg, 16. März, 8 Uhr, der Kultur der Partei, Einführung eines Schulbuches, Stadteroberung Naumburg...

Warme Stube

Der Silvesterfest für die jüdischen Taubblinden in Deutschland e. B. eröffnet Sonntag, den 11. Dezember, 12 Uhr, in der Wolfenbütteler Straße 10, soll nicht weniger eine „Warme Stube“ für Taubblinde sein, die täglich von 12 Uhr mittags bis 9 Uhr abends geöffnet ist.

Das Tanzlokal Wollan, 93, 94, Neue Wollanstraße 7, veranstaltet seinen diesjährigen großen Gesellschaftsball am Sonntag, den 10. Dezember, im Wollanrestaurant, Wollanstr. 7, abends 8 Uhr.

Einem Teil der deutschen Auflage liegt ein Prospekt der Firma Kaufhaus des Reichens G. m. b. H., Berlin 98, 50, Tauentzienstraße 21-24, bei.

Bücher leitender Staatsmänner

STRESEMANN

VERMÄCHTNIS

„Die Aufzeichnungen Stresemanns schildern die bewegte und schicksalreiche Zeit und ihre Akteure mit voller Offenheit und Klarheit, ohne Voreingenommenheit gegen Personen, Gruppen und Parteien. Sie reißen den Schleier von dem Wirken und Treiben der Geheimdiplomaten, aber auch von Intrigen und Machenschwächen dunkler Kräfte, die aus Partei- und Interessen-Rücksichten in die Reichspolitik eingreifen und Macht genug besitzen, sie in ihrem Sinne zu beeinflussen.“

Hannoverscher Anzeiger

„Das lese man, ehe man sich einreden läßt, die Weltgeschichte lohne sich erst vom Jahre 1932 ab.“

Frankfurter Nachrichten

„Eine einzigartige Gelegenheit, in die intime Werkstatt eines deutschen Reichskanzlers und Außenministers der Nachkriegszeit zu sehen, und zwar in den tragischen Momenten, wo die Mark nach astronomischen Zahlen gewertet wurde... Diese Aufzeichnungen sind eine geschichtliche Quelle ersten Ranges.“

Hamburger Fremdenblatt

Von Stresemann Begonnen, nach dem Tode von seinem vertrauten Mitarbeiter Konrad Henry Bernhard zusammen mit Wolfgang Götz und Paul Wiegler aus Ende ganz 1929, 4 Bände, wurde bereits erschienen, 14. Tausend, illustriert. Jeder Band in Ganzleinen 16 M, brochiert 13 M.

FRIEDR. v. HOLSTEIN

LEBENSBEKENNTNIS

Der Geheime Rat von Holstein, der Mann, der in der Verborgenheit des Auswärtigen Amtes die Reichspolitik beherrschte, war bis jetzt die rätselhafteste Figur der Vorkriegszeit. Er gehörte jener Art von Politikern an, die gern auf die offizielle Macht verzichten, wenn sie nur die Geschichte in Wahrheit begeben können. Unter Bulow, dem vierten der Kanzler, denen er zur Seite stand, war er gestürzt worden. Er starb, grollend über den Undank. Der Nachwelt entzogen blieb seine schriftliche Hinterlassenschaft und immer mehr undunkelste sich Holsteins Charakterbild. Was er verschwie, jetzt wird es aus seinem privaten Briefwechsel mit einer verwandten Frau, der Liebe seiner Jugend, offenbar. Die Briefe an Ida von Stülphagen, seine Kusine, sind eine Aussprache über Jahrzehnte hinweg. Sie beginnen 1850; das letzte Schreiben hat der Sterbende 1909 diktiert und mit zitternder Hand unterzeichnet. * Die „Graue Eminenz“, der wichtigste Zeuge aus der Zeit Bismarcks und Wilhelm II., nimmt hier das Wort, und was uns erzählt wird, gibt das intimste Bild aus der Diplomatie des deutschen Kaiserreichs.

Soeben erschienen

Ein Band, vorzüglich ausgestattet, 40 Seiten Text, 19 Seiten Register, Abbildungen, Faksimile-Beilagen. In Ganzleinen 11 Mark, brochiert 9 Mark.

FÜRST BÜLOW

DENKWÜRDIGKEITEN

„Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow sind eine so anschauliche Schilderung des letzten hohenzollernschen Kaiserturns mit seinen guten und schlechten, seinen erhabenen und lächerlichen Seiten, so bis an den Rand gefüllt mit großen und kleinen Menschlichkeiten, daß sie neben den großen Erinnerungen der Weltliteratur ihren Platz bekommen werden. Das Werk wird wohl auch dann gelesen werden, wenn andere Erinnerungen aus dieser Zeit verstauben.“

Hamburger Fremdenblatt

„Das wilhelminische Zeitalter erscheint in einzelnen Querschnitten in kinematographischer Schärfe. Eine solche Fülle von Beobachtungen ist bisher in einem Meinereiswerk unserer Zeit noch nicht geboten worden.“

Kölnische Volkszeitung

„Tatsächlich hat Bulow eine Geschichte seiner Zeit geschrieben. Sein Werk ist in seiner Anlage und in seinem Aufbau ein vollendetes Kunstwerk, das seinem Verfasser einen Platz unter den großen Geschichtsschreibern sichert. Die große Linie geht niemals verloren.“

Kölnische Zeitung

